

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden.
Sternsprecher-Comminummer 25 241.
Für die Nachgelieferten: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Januar 1925 bei lögl. zweimaliger Zustellung drei Saus 1,50 Goldmark.
Postbezugspreis für Monat Januar 3 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 30 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Olesch & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner N.-ch.“) zulässig. — Inverleibte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Ulmähliche Klärung der Kabinettstrife.

Seute offizieller Auftrag für Dr. Luther. — Die Gegensätze zwischen Deutschnationalen und Zentrum Die Pariser Handelsvertragsverhandlungen vor dem Abbruch. — Vorkoch Borahs gegen den Dawes-Plan. — Erste Lage in Schanghai.

Die Personenfragen.

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung) Berlin, 13. Jan. Wegen die 10. Abendstunde wurde folgender amtlicher Bericht über die Regierungsbildung ausgegeben:

Der heutige Tag wurde mit Verhandlungen über die Personenfragen angefüllt. Die Verhandlungen sind soweit vorgeschritten, daß für den morgigen Mittwoch die Vertrauensfrage des Reichsministers der Finanzen Dr. Luther mit der Kabinettsbildung erwartet werden darf. Der Reichspräsident empfing gegen 10 Uhr abends den Reichsfinanzminister Dr. Luther zur Berichterstattung über die bisherigen Verhandlungen mit den Parteien.

Die erheblichen Schwierigkeiten, die in der Frage der Regierungsbildung aufgetreten sind und im wesentlichen in Meinungsverschiedenheiten zwischen der Deutschnationalen und der Zentrumspartei über die Personenfrage bestehen, haben die Dinge auch heute noch nicht zur vollen Klärung kommen lassen. Von deutschnationaler Seite wurde dem Gedanken des Zentrums, das Innenministerium mit einem Zentrumsmann — dem Kölner Oberbürgermeister Adenauer — zu besetzen, Widerspruch entgegengelegt. Auch heute schien das Zentrum wieder in seine alte Laune des Dis- und Herrschantens verfallen zu wollen, indem es erklärte, daß ein deutschnationaler Reichsfinanzminister leicht mit sozialistischen Innenministern der Länder, vor allem mit Herrn Seering in Preußen, in Konflikte geraten könnte. Dem Zentrum will Dr. Luther neben dem Arbeitsministerium, das mit dem bisherigen Arbeitsminister Brauns besetzt werden soll, eventuell das Justizministerium überlassen, mit dem dann das Ministerium für die besetzten Gebiete verbunden werden soll. Eine grundsätzliche Forderung der Bayerischen Volkspartei zur Beteiligung an der Regierung hat Dr. Luther auch erhalten.

Die Deutschnationalen sind heute zu einer endgültigen Entscheidung noch nicht gekommen.

Die Deutschnationalen Fraktion lehnt es ab, sich vom Zentrum auf einen Nebenposten im neuen Kabinett wie den des Verkehrsministeriums abdrängen zu lassen, der ihrer politischen Bedeutung nicht gerecht werden kann. Die heutige Fraktionsführung der Deutschnationalen wurde am Abend auf Mittwoch nachmittag vertagt. Die Vertreter der Deutschnationalen, die Abg. Schiele, Graf Westarp, Bruhn und Behrens begaben sich zu einer weiteren Rücksprache nochmals zu Dr. Luther, der vordem mit den Abg. Schöla von der Deutschen Volkspartei, Fehrenbach vom Zentrum und Veit von der Bayerischen Volkspartei verhandelt hatte. Obwohl die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Zen-

trum und den Deutschnationalen bis in die Abendstunden noch nicht ausgeglichen waren, überwog doch in parlamentarischen Kreisen die Hoffnung, daß man morgen zu einer im Sinne des Herrn Dr. Luther günstigen Entscheidung gelangen könnte.

Von einer dem Zentrum nahestehenden Seite erhalten wir über die Lage, wie sie sich in den Abendstunden darstellte, noch Mitteilungen, denen wir folgende entnehmen: Die Deutschnationalen hatten sich in ihrer Fraktionsführung grundsätzlich mit der Methode, wie Luther sein Kabinett bilden will, einverstanden erklärt. Sie erhoben aber den Anspruch, daß außer dem einen der Fraktion angehörenden Minister aus ihren Reihen, und abgesehen von dem Grafen Schöla, noch zwei Minister ernannt würden, die ihren politischen Anschauungen nahestünden. Außerdem forderten sie, daß das Kabinett Luther vom Reichstag ein klares Vertrauensvotum erhalten. Die Deutsche Volkspartei erhob Anspruch auf einen zweiten Ministerposten. Außer der Bayerischen Volkspartei, die er bei seiner Kabinettsbildung berücksichtigen will, will Dr. Luther nunmehr dem Zentrum einen zweiten Sitz einräumen. Was

Die Personenfrage

angeht, so kämen von den deutschnationalen Abgeordneten die Herren Schiele oder Balkas als Ministerkandidaten in Frage, und zwar entweder der erstere für die Wirtschaft und der letztere für das Innere. Von außerparlamentarischen Persönlichkeiten hätten die Deutschnationalen zwei ehemalige höhere Verwaltungsbeamte namhaft gemacht. Für das Reichsfinanzministerium dachte Dr. Luther an einen als sehr tüchtig geschätzten Oberbürgermeister aus dem Oberrhein. Charakteristisch für die heutigen Verhandlungen Dr. Luthers sei der Umstand gewesen, daß er die Personenfrage in behändiger Fühlungnahme mit den Fraktionen zu lösen versuche. Man habe dadurch in Zentrumskreisen die Empfindung gehabt, daß er damit in gewissem Maße den Grundlag, ein überparteiliches Kabinett, wenn auch in einer beschränkten Anlehnung an die Fraktionen, zu bilden, preisgegeben habe. Es sei nicht ausgeschlossen, daß sich aus diesem Umstande für Herrn Dr. Luther gewisse Hemmnisse ergeben. Weiter wird aus Zentrumskreisen auf eine weitere Schwierigkeit hingewiesen, die auch in den heutigen Verhandlungen der Zentrumspartei eine Rolle spielte und von der man nicht weiß, wie sie überwunden werden soll. Sie liege darin, daß die Deutschnationalen ein Vertrauensvotum für das Kabinett

verlangen. Nach Zentrumsanficht hätten sich Kabinette, mit denen die Zentrumspartei in weit innigerer Fühlung stand, mit einer einfachen Bildungsformel, fast eines Vertrauensvotums zufrieden geben müssen. Das Zentrum möchte mit einer allgemeineren nichtsagenden Formel offenbaren, da Schwierigkeiten entgegen, die ihm aus der Opposition in seinen eigenen Reihen erwachsen könnten.

England im Banne Frankreichs.

Die feste und aufrechte Haltung der nationalen öffentlichen Meinung Deutschlands gegenüber dem Kölner Rechtsraub hat in England unbehagliche Empfindungen ausgelöst, und die Folge davon ist, daß die Londoner Presse einen moralisierenden Ton anschlägt und uns Deutsche „gute Ratschläge“ erteilt, wie wir uns eines einwandfreien Wohlverhaltens befleißigen könnten, das den Briten nicht auf die Nerven fällt. So schreibt z. B. der „Daily Telegraph“, daß die deutschen Presseorgane England gegenüber sich mühen und die deutschen Linksparteien einer energischeren Zurückweisung der „extremen Nationalisten“ sich befleißigen mühten. Gleichzeitig läßt die Northcliffe-Rothemann-Presse wieder in das Horn einer Deutschenhege, und zwar ist es diesmal die deutsche Handelsflotte, der die Anziffre gelten. Man müsse verlangen, so wird erklärt, daß auf keinen Fall die Ausrüstung Kölns vorgenommen werde, so lange Deutschland mit dem Bau von Flugzeugen fortfahre. In demselben Atem wird die Verdächtigung ausgesprochen, daß noch zahlreiche Maschinengewehre „in preussischen Baracken und an anderen nicht bekannten Plätzen“ verborgen seien, und dann kommt der Hauptakkord: So lange die Alliierten in Köln und am Rhein händen, sei der Friede gesichert; wenn sie aber erst einmal sich aus den Rheinregionen „wegintretieren“ ließen, sei der Friede Europas innerhalb weniger Monate gebrochen.

Diese Auffassung steht sich völlig mit der französischen. Sie erinnert unmittelbar an die Ausrüstung des Generalstabes, daß Frankreich am Rhein bleiben müsse, weil es sonst zur Sicherung gegen einen deutschen Angriff gezwungen sein würde, umfangreiche militärische Grenzverteidigungsmaßnahmen mit bedeutenden Kosten zu treffen. Die Beeinflussung der britischen Denkmäler, soweit sie sich in der Northcliffe-Presse widerspiegelt, durch französische Ideen tritt besonders scharf in Erscheinung durch die Behauptung, daß die Alliierten nicht bloß zurzeit noch in Köln bleiben mühten, sondern daß ihre Festsetzung am Rhein überhaupt erforderlich sei, „um den Frieden zu sichern“. Wenn man deutscherseits auf diese Erklärung den gebührenden Nachdruck legt, begreift man erst recht eigentlich die ganze Schwere der Bedrohung, die in Verbindung mit dem Umschwung der britischen Politik im Sinne ihrer Unterordnung unter rein französische imperialistische Anschauungen gegen uns heranwirft. Die englische Verfassung befindet sich auf dem Wege zu einer Entwicklung, aus der heraus jeden Augenblick ein Rückgriff auf den vor einigen Jahren von dem englischen General Spear ausgehenden Plan einer „Entmilitarisierung“ und „Neutralisierung“ des Rheinlandes erfolgen kann. Nach diesem Projekt soll das gesamte Rheinland andauernd von allen Truppen entblößt werden. Außerdem ist es zu „neutralisieren“, d. h., es wird dem Völkerbund, der immer als Stütze für alles erhalten muß, wenn man sonst nicht zu Rande kommen kann, zur Aufsicht unterstellt. Die staatliche Souveränität Deutschlands soll dabei angeblich unberührt bleiben, auch die Verwaltung ausschließlich durch deutsche Beamte geführt werden. Der Völkerbund hat „lediglich“ darüber zu wachen, daß das Rheinland „neutral“ bleibt. Das ist natürlich nur Redensarten. Gibt man dem Völkerbund erst einmal Gelegenheit, sich im Rheinland, diesem Kernstück des deutschen Staats- und Wirtschaftsorganismus, einzumischen und einzunisten, dann ist damit auch der erste Schritt auf dem Wege getan, an dessen Ende der französische Ländergier und Herrschsucht das Ziel der Einverleibung des ganzen Gebietes winkt; Sanktionen wegen Nichterhaltung der Neutralität — Gründe sind ja wohlfeil wie Brombeeren und werden besonders vom Verband immer reichlich bereitgestellt — tun dann das übrige. Auch die Forderung der „Entmilitarisierung“ stellt sich als eine Anpassung an die französischen Wünsche dar, um diesen ein für das englische Empfinden schmackhaftere Form zu geben. Nach Artikel 42 des Versailler Vertrages ist es Deutschland bereits unterlagt, auf dem linken Ufer des Rheins und innerhalb einer 50 Kilometer östlich des Stromes verlaufenden Linie Befestigungen beizubehalten oder anzulegen, sowie ständig oder zeitweilig Streitkräfte zu unterhalten oder zu sammeln. Das gleiche gilt für jedwede militärischen Übungen und für alle Vorkehrungen zum Zwecke einer Mobilmachung. Eine derartige militärische Knebelung Deutschlands am Rhein ist an sich schon etwas so Weltgehendes und Innerbürtiges, daß die Verantwortung einer noch weiteren „Entmilitarisierung“ schon eine sehr starke Unterordnung unter den suggestiven Einfluß des Pariser Imperialismus voraussetzt. Damals fand aber General Spear wegen der Zurückhaltung, die zu jener Zeit das amtliche England gegenüber Frankreich noch zur Schau trug, mit seinem Plan bei seinen Landsleuten keinen rechten Anklang. Neuerdings hat jedoch die Northcliffe-Presse ihr Publikum wieder in eine Stimmung hineingeweicht, die für die Wiederaufnahme des Gedankens einer Veränderung in der staatsrechtlichen Stellung des Rheinlandes reif erscheint. Das ist ja auch die große Furcht, von der die Rheinländer beherzigt werden, daß es sich bei der jetzigen Nichträumung der Kölner Zone nicht bloß um

Kritische Wendung in den Pariser Verhandlungen

Berlin, 13. Jan. Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen scheinen vor dem Abbruch zu stehen. Trendelenburg und Raynaldy unterbreiten sich gestern nachmittags zwei Stunden lang, wobei Raynaldy nach Ablehnung des modus vivendi seinen neuen Entwurf überreichte und erklärte, daß dieser das Maximum an Konzessionen von Frankreich darstelle. Trendelenburg verbeugte seinen Skeptizismus nicht. Er erklärte aber, eine endgültige Antwort erst heute geben zu können, nachdem er das Protokoll mit seinen Mitarbeitern geprüft und mit seiner Regierung Rücksprache genommen habe. Man hat aber allgemein keine Hoffnung mehr, daß der Abbruch vermieden werden kann.

Heute mittag hat die deutsche Delegation eine Schilderung der Situation herausgegeben, wie sie sich nach der deutschen Auffassung darstellt. Die Erklärung lautet: Gegenüber den entstellenden Nachrichten der französischen Presse ist es erforderlich, einen kurzen Rückblick über den bisherigen Verlauf der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen zu geben.

In der ersten Verhandlungsphase

wurde in dem Protokoll vom 12. Oktober 1924 eine Basis gefunden, auf der sich ein deutsch-französischer Handelsvertrag aufbauen soll. Auf der Basis dieses Protokolls übergab die deutsche Delegation bei Beginn der

zweiten Verhandlungsphase

im November 1924 einen Entwurf zu einem allgemeinen Vertragsstimmna. Am 30. Dezember 1924, dem Beginn der

dritten Verhandlungsphase,

wurde ein französischer Vorschlag für ein Protokoll überreicht, der weder der in den bisherigen Verhandlungen gefundenen Basis, noch den Richtlinien des schon von der deutschen Delegation übergebenen Entwurfs zu einem allgemeinen Vertragsstimmna Rechnung trug. Es ist darauf hinzuweisen, daß bereits bei den Verhandlungen in London von deutscher Seite erklärt worden war, ein deutsch-französischer Handelsvertrag dürfe nicht die Fortsetzung der im Vertrag von Versailles vorgeschriebenen wirtschaftlichen Sonderrechte enthalten. Der französische Entwurf für ein Protokoll stellt aber in wesentlichen Punkten, insbesondere hinsichtlich einer teilweisen Aufrechterhaltung der für Elsaß-Lothringen vorgesehenen Zollfreien Kontingente tatsächlich eine bloße Wiederholung von Vorschlägen dar, die Deutschland nicht nur in London, sondern auch bei den Verhandlungen

in Paris immer abgelehnt hat. Nach Ablehnung des französischen Vorschlags für einen provisorischen Vertrag wurde gestern

ein neuer französischer Vorschlag

übergeben, der zurzeit einer eingehenden Prüfung durch die deutsche Delegation unterliegt. Dieser Vorschlag stellt eine völlige Veränderung der Vertragsbasis dar. Er sieht nur eine beschränkte Meißbegünstigung vor und verläßt damit die Basis des von beiden Seiten in den bisherigen Verhandlungen zugrundegelegten Protokolls vom 12. Oktober 1924. Für Elsaß-Lothringen werden einige besondere Zollvergünstigungen gefordert. Voraussetzungsweise wird die deutsche Delegation morgen der französischen auf ihren Vorschlag antworten, vielleicht auch einen Gegenvorschlag übermitteln.

Die Verhandlungen über die allgemeinen, den Handelsvertrag betreffenden Fragen sind heute durch die Unterkommissionen fortgesetzt worden. Man hat die Frage des Eisenbahntransports und der Schifffahrt erörtert. Außerdem haben Besprechungen der Sachverständigen der chemischen Industrie stattgefunden. (W. I. V.)

Frankreich hofft auf die deutschen Sozialisten.

Paris, 13. Jan. „Journal“ schreibt, daß Deutschland die Verhandlungen einige Tage hingsiehen wolle, um sich den Anschein des guten Willens zu geben. Die Mehrzahl der französischen Blätter erklärt, daß es nützlich sei, die Verhandlungen fortzusetzen. Die Lage, die dadurch entsteht, daß Frankreich und Deutschland keinen Handelsvertrag besitzen, sei für Frankreich nicht förderlich, aber auch gewiß nicht für Deutschland. Dies werde aber für Deutschland noch innerpolitische Folgen haben, da jetzt schon sozialistische Interpretationen im Reichstag angefüllt werden.

Provisorische Handelsregelung mit Polen.

Berlin, 13. Jan. In den letzten Tagen haben zwischen einer deutschen und einer polnischen Delegation Verhandlungen über ein vorläufiges Wirtschaftsabkommen stattgefunden, die zu einem Abschluß geführt haben, und zwar auf der Grundlage, daß jeder der verhandelnden Teile auf die in sein Abgabebiet zur Einfuhr gelangenden Waren des anderen Teiles die jeweiligen Zölle seines allgemeinen autonomen Zolltariffs anwenden darf. Beide Länder werden von Retorikenswahnahmen absehen. Die allgemeinen Handelsvertragsverhandlungen zwischen den beiden Ländern werden am 1. März beginnen.